

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Mees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Ar. 141 Montag den 20. Juni 1932 90. Jahrgang

Rundfunkrede des Reichstanzlers aus Lausanne

In einer Rundfunkrede aus Lausanne, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde, führte Reichstanzler v. Bayern am Samstag abend einleitend aus, man werde es verstehen, daß er auf dieser Konferenz, deren Ergebnis ein Stillstand des Schicksals einschließen werde, im jetzigen ersten Stadium der Verhandlung nicht besondere Einzelheiten mitteilen möchte. „Ich habe es hier für meine Pflicht gehalten“, so sagte der Kanzler u. a., „in persönlichen Besprechungen mit den Ministern Frankreichs und Englands, mit dem italienischen Außenminister sowie am Freitag in meiner Rede vor der Vollversammlung der Lausanner Konferenz nicht nur ein ganz klares und plastisches Bild der Lage Deutschlands zu zeichnen, sondern auch die Entscheidung des neuen Reichskabinetts zu erklären und die Grundgedanken verständlich zu machen, die mich zur Übernahme meines schwierigen Amtes bewegen haben. Gemäß seiner Programmierung will das neue Reichskabinetts alle aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes sammeln. Die heutige Not Deutschlands fordert geradezu diesen

letzten Einsatz der gesamten nationalen Kräfte. Unmöglich wäre es in dieser Zeit, Deutschland zu führen und dabei Bewegungen gegenüber fremd zu bleiben, die instinktmäßig und willensmäßig den Lebenswillen Deutschlands verkörpern.

Wir haben es dabei und hier in Lausanne deutlich gesagt, daß die deutsche Not zwar nur ein Teilproblem, aber doch auch das Zentralproblem der Weltkrise ist, und wir wissen, daß die Welt umso eher bereit sein wird, Deutschlands Not zu verstehen, als die Welt erkennt, wie sehr die deutsche Not die brennende Wunde im gesamten Weltkörper ist.

Die hier in Lausanne versammelten Führer des Auslandes müssen aber verstehen, daß unser Volk nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine seelische Krise durchmacht. Vielleicht haben die Vertreter derjenigen Auslandsstaaten, denen die parlamentarische Mehrheitsbildung und das Kräftefeld politischer Parteien eine langjährige Tradition und Selbstverständlichkeit bedeutet, aus meiner Darstellung des heutigen Standes der deutschen Not erkannt, daß es sich bei uns nicht um einen zahlungsunwilligen Schuldner handelt, wenn Deutschland Tatsachen darlegt, die einfach Tatsachen und nicht mehr bloße Argumente sind.

Längst haben hervorragende Sachverständige des Auslandes festgestellt, daß die

Gläubigerstaaten unter der jetzigen Vertrauenskrise und der allgemeinen Unsicherheit ebenso leiden wie die Schuldnerländer.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat in seiner Konferenzöffnungsrede klar gesagt, daß diese Zusammenkunft sich nicht etwa mit der Reparationsfrage allein zu befassen habe, sondern mit der Weltkrise, daß die Völker nicht enttäuscht werden dürfen durch neue Verhandlungen. Wir erwidern es deshalb als meine vornehmste Pflicht, in den ersten Konferenztagen das Verständnis für die wirkliche Lage unseres Volkes zu fördern.

Soll die notwendige Einsicht in die Lage unseres Volkes sich durchsetzen, dann müssen die Vertreter Deutschlands in Lausanne den geschlossenen Willen der Heimat hinter sich fühlen,

muß das Ausland erkennen, daß die jetzige Regierung mit Zug und Recht dieses geschlossenen deutschen Willens für sich in Anspruch nimmt. Die Heimat aber muß zu der Reichsregierung das feste Vertrauen haben, daß sie nicht nur nichts preisgeben wird, was den nationalen Notwendigkeiten entspricht, sondern daß sie darüber hinaus für eine positive Lösung des europäischen Problems alle ihre Kräfte einsetzen wird.

Der innerpolitische Meinungskampf ist berechtigt, besonders dann, wenn Reichswahlen vor der Tür stehen, aber dieser politische Kampf hat Grenzen, jenseits welcher er ausartet, Kampf zu sein und anzufangen, politische Blindheit zu werden. Glauben Sie mir, alle meine deutschen Landsleute, daß die neue deutsche Reichsregierung es zu verstehen und zu würdigen wissen wird, wenn diese Grenzen des politischen Kampfes gerade von denen geachtet werden, die sich sonst zum Kampf gegen die Regierung veranlassen fühlen. Wir sind hier, um der Heimat nach unserem besten Willen und Wissen zu dienen. Die Heimat muß uns helfen. Wie rufen der Heimat zu, daß nur der geschlossene, besonnene und einheitliche nationale Wille uns retten kann. Die von mir geleitete Reichsregierung wird immer nur das deutsche Volk sehen, nicht aber Parteien oder Klassen. Weis sie doch, daß es hier und heute um Entscheidungen geht, die nichts Geringeres bedeuten, als die Zukunft unserer Kultur, Rasse und Nation, als die Zukunft der abendländischen Welt.“

Scharfe Differenzen in Lausanne

Paris, 19. Juni. Der Sonderberichterstatter der Dabas-Agentur in Lausanne versucht vom französischen Standpunkt aus die Bilanz der bisherigen Konferenzphase zu ziehen. Insel wesentliche Probleme, schreibt er, deren Verleittung Derriot betont hat, werden die Aufmerksamkeit der Konferenz in Anspruch nehmen: Reparationen und Reorganisation Europas.

Was die Reparationen angeht, wird die These von der völligen Streichung, die — abgesehen von Deutschland — bei der italienischen und englischen Delegation Anhänger hat, sicher von Frankreich und Belgien abgelehnt werden.

Aber auch die These von der restlosen Beibehaltung der ungeschätzten Youngtransche dürfte nicht zugelassen werden. Denn die finanziellen und wirtschaftlichen Depressionen Deutschlands ist nach Ansicht der Valerier Sachverständigen so ernst, daß sie gegenwärtig beratige Zahlungen nicht erlaubt.

Infolge dessen kann die Regelung der Reparationsfrage nur in einem Kompromiß zwischen diesen beiden extremen Lösungen gefunden werden. Wohl ist es recht und billig, Deutschland von seinen Verpflichtungen in einer Periode besonderer Krise zu entlasten, es wäre aber ungerade, Deutschland von allen Reparationen für den Tag zu befreien, an dem keine Prosperität wiederkehren würde.

Was den Wiederaufbau Europas

anlangt, stimmen die Ausgangsstellungen der englischen und französischen Delegationen gleichfalls nicht überein. England neigt zu besonderen finanziellen Hilfsmaßnahmen, beispielsweise für Österreich, Frankreich dagegen fordert aus der Ueberzeugung, daß solche Maßnahmen zwecklos sind, die Aufstellung eines Gesamtplanes internationaler Zusammenarbeit. Selbstverständlich müssen nach Ansicht der französischen Delegierten die neuen Opfer, die Frankreich für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in Europa und der Welt bringen soll, von der Gewährung entsprechender Reduzierungen durch die Vereinigten Staaten abhängig gemacht werden.

Die heftigen Landtagswahlen

Darmstadt, 19. Juni. Bei den heutigen Landtagswahlen verteilen sich die Stimmen auf die einzelnen Parteien (in Klammern die Resultate der letzten Landtagswahl) in folgender Weise:

Sozialdemokraten	172.550	(168.101)
Zentrum	108.603	(112.444)
SPD	11.697	(23.108)
Kommunisten	82.051	(106.790)
Liste Leuchters	1779	—
Deutschnationale	11.267	(10.857)
Nationalsozialisten	328.258	(291.183)
Heftische Demokraten	4.500	(4.613)
Nationale Einheitsliste	24.675	(68.208)

Die Mandatsverteilung

Nach den ersten Berechnungen stellt sich die Mandatsverteilung folgendermaßen: Teilungsziffer etwa 10.700:
Sozialdemokraten 17 (15),
Zentrum 10 (10),
SPD 1 (2),
KPD 7 (10),
Deutschnationale 1 (1),
Nationalsozialisten 32 (27),
Nationale Einheitsliste 2 (5).

Der Wahltag

Darmstadt, 19. Juni. In ganz Hessen ist der Wahlsonntag ruhig verlaufen. Nur in Mainz kam es in der Nacht zum Sonntag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, der zeitweise in einen richtigen Straßenkampf ausartete. Auch von der Schulwaffe wurde dabei Gebrauch gemacht. Als Opfer des Zusammenstoßes zählte man u. a. 15 Schwerverletzte, von denen zwei lebensgefährliche Wunden davontrugen.

Das Ergebnis der heftigen Landtagswahl

Frankfurt a. M., 19. Juni. (Fig. Meld.) Nach dem Ergebnis der heutigen heftigen Landtagswahl wird die Regierungsbildung im neuen heftigen Landtag aller Voraussicht nach auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen wie nach der letzten Landtagswahl. Die Nationalsozialisten können für die Bildung einer Regierung zu den von ihnen jetzt errangenen Mandaten mit Sicherheit nur noch auf den einen deutschnationalen Abgeordneten rechnen, sobald sie also nur eine Minderheit von 33 von insgesamt 70 Abgeordneten ergäbe. Wieweit sich die auf der „Nationalen Einheitsliste“ gewählten beiden Abgeordneten Dr. Kieboth (Deutsche Volkspartei) und Dr. Wäfer (Landbau) eventuell bereit finden, mit den Nationalsozialisten zusammenzugeben, ist noch unbestimmt, zumal besonders Dr. Wäfer sich bisher über eine solche Koalition wiederholt ablehnend ausgesprochen hat. Aber selbst für diesen Fall hätte eine Reichsregierung noch keine Mehrheit im neuen heftigen Landtag, sondern nur Stimmengleichheit (33 von 70 Abgeordneten). Es bleibt also dabei, daß zur Bildung einer parlamentarischen Regierung die Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten erforderlich ist. Nach der Ablehnung der Regierungsbildung durch die Nationalsozialisten bis zum Zentrum wird nicht in Frage kommen.

Der Reichsinnenminister beruft eine Länderkonferenz ein

W. Berlin, 19. Juni. Der Reichsinnenminister des Innern hat heute die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnungen gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni 1932, eingeladen.

Gefahr in Lausanne

is. Die großen Kämpfe in Lausanne werden hinter verschlossenen Türen geführt, deren Verlauf die Öffentlichkeit aus den verschiedenen großen Medien vermuten kann. Was wir nun bis jetzt aus Lausanne zu hören bekommen, ist zwar nicht entmutigend, aber gewiß nicht allzu erhellend und ließ man die Gefahren erkennen, die der deutschen Auffassung drohen.

Die Verlängerung des Moratoriums ist sicherlich zu begrüßen, wenngleich auch hieraus nicht unbedeutliche Folgen erwachsen können. Solange die Lausanner Konferenz tagt, sollen bekanntlich Deutschlands Schulden ruhen. Die Reparationskonferenz kann nun für Wochen, Monate ja für ein ganzes Jahr hinausgeschoben werden, ohne daß wir wissen, woran wir eigentlich sind. In der Zwischenzeit lastet der Alpdruck einer vielleicht doch möglichen Tributzahlung auf unserer Wirtschaft, die sich unter solchen Umständen nie erholen kann.

Der deutsche Kanzler wollte einer zu langen Verwicklung anscheinend dadurch begegnen, daß er mit einer Neuordnung der Schuldverhältnisse drohte, wenn nicht baldigst eine schnelle Besserung der Verhältnisse eintrete. Deutschland müßte also unter Umständen offenen Konkurs erklären und von sich aus die Schulden herabsetzen.

Aber Derriot läßt sich durch solche Drohungen kaum beirren. Weis er doch, daß die privaten Schulden, die Deutschland an Frankreich zurückzahlen muß, nicht ererblich sind. Er lebt immer noch in der Hoffnung, daß Deutschland gezwungen werden könne, bei einer Besserung seiner Wirtschaft wieder zu zahlen. Wenn er auch stillschweigend die volle ungezügelt Annullität fallen ließ, so steht dieses Entgegenkommen in seinem Verhältnis zur Schwere der gegenwärtigen Fragen.

Frankreich arbeitet nun mit der Taktik der Verwickelung. Alle Probleme der Gegenwart, die Zollfragen, Währungs- und Schwierigkeiten und dann auch die Tribute, die Donauangelegenheiten usw., dies alles soll besprochen und gelöst werden. Solch eine Konferenz dauert natürlich sehr lange und vielleicht wird dieser oder jener Gegner dabei doch müde. Es soll durchaus nicht gelugnet werden, daß die Reparationen heute nur ein Teilproblem sind. Der deutsche Reichstanzler machte sich diese Auffassung zu eigen. Aber wir dürfen uns dabei nicht auf das gefährliche Geleise der Verwickelung und Verdrängung abdrängen lassen. Die Reparationen müssen vor den anderen Fragen offiziell erledigt werden, da sie doch der Hauptgrund aller der übrigen Wirrnisse, der Arbeitslosigkeit, der Hölle, der Geldverdrückungen und Währungsfragen sind.

Mit Sorgen schauen wir Deutschen nach Lausanne; denn schon jetzt sieht England nachgiebiger als anfangs. Es gibt gar keinen Zweifel, daß in Lausanne für England sehr viel auf dem Spiele steht. Es wünscht sicherlich, daß die Tribute endlich fallen, die Frankreich zu seiner heutigen Vormacht verfallen. England wünscht aber auch dringend, daß die Zollangelegenheiten bereinigt werden. Das Inselland lebt ja vom Freihandel und wird daher durch Zölle unterbunden, dann ist England, das Land ohne Bauern, in seinem Lebensnerv getroffen! Es ist doch kein Zufall, daß gerade die Briten nach Lausanne einladen, um auch hierin einen Wandel zu schaffen. Italien schaut sorgsam nach England. Es weiß nur zu gut, daß es ohne Unterstützung Englands gegen Frankreich nicht mit gewinnhafter Energie auftreten könne. Im Ernstfall würde Italien eine glänzende Zielscheibe für die französischen Schlachtschiffe darstellen. Bei einem englisch-italienischen Zusammenarbeiten dagegen würde es Frankreich nicht so schnell um Aufrichtigkeit kommen lassen. So ist es wohl auch zu verstehen, daß der italienische Finanzminister Rosconi auf die scharfe Rede Chamberlains hin gewisse Zurückhaltung erkennen ließ.

Die deutsche Regierung hat einen schweren Stand. Eine Hauptgefahr, die ihr und dem deutschen Volke droht, besteht darin, daß die endgültige Streichung der Tribute in den Hintergrund gedrängt und wieder vertagt wird. Wir wollen kein ewiges Moratorium, sondern Klarheit!

Eine menschliche Stimme aus Frankreich

Während sich Frankreichs Vertreter in Lausanne vom Geiste Clemenceaus leiten lassen, gab ein Deutschlehrer am Gymnasium von Balency (Frankreich) nachstehende äußerst bemerkenswerte sachliche Darstellung über Deutschland: Pierre Doyen, so heißt dieser Edelmann, erzählte aus Deutschland:

„So traurig die Lage der Arbeitslosen ist, man wird vielleicht noch mehr erschüttert von dem Los der jungen Leute, die nach Beendigung ihrer Studien ihre jungen Kräfte nicht betätigen können und auch wenig Hoffnung haben, jemals etwas Nützliches zu leisten. Ein Student erkundigte sich bei mir nach einer Stellung in einem französischen landwirtschaftlichen Betrieb, sei es auch ohne Bezahlung; konnt ich ihm keinen anderen Ausweg, als nach Brasilien auszuwandern. Die Eltern unterhalten ihre Kinder so lange wie möglich an der Schule und Universität, denn sie wissen nicht, was sie später mit ihnen machen sollen. Was Wunder, wenn die deutsche Jugend sich Dals über Kopf in die Arme des Kapitalismus wirft! Das deutsche Glend ist sehr ernst, weil es ein Volk trifft, das so schwere Prüfungen hinter sich hat. Und dennoch gibt es Franzosen, die das verbrecherische Wort herausschreien: „Deutschland muß zahlen!“ Man hebt vor Empörung, wenn gewisse französische Zeitungen von „Sanktionen“ und wirtschaftlicher und finanzieller Blockade Deutschlands sprechen. Geben diese Leute sich Rechenschaft darüber, daß der Zusammenbruch Deutschlands das erste Signal für den Zusammenbruch Frankreichs ist? Frankreich ist jetzt bedroht; möge es eine menschliche Geste zeigen und Deutschland zum Aufschwung verhelfen.“

Diese Erklärung ist umso beachtlicher, als gerade heute in Frankreich eine wahre Sanktions-Krankheit ausgebrochen ist. Die Worte Pierre Doyens dürften wohl die menschlichste Kundgebung sein, die je von unserem westlichen Nachbar zu hören war.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober dem Raum 2 1/2 Pf., 10 Zeilen 10 Pf., 20 Zeilen 18 Pf., 30 Zeilen 25 Pf., 40 Zeilen 32 Pf., 50 Zeilen 40 Pf., 60 Zeilen 48 Pf., 70 Zeilen 56 Pf., 80 Zeilen 64 Pf., 90 Zeilen 72 Pf., 100 Zeilen 80 Pf., 110 Zeilen 88 Pf., 120 Zeilen 96 Pf., 130 Zeilen 104 Pf., 140 Zeilen 112 Pf., 150 Zeilen 120 Pf., 160 Zeilen 128 Pf., 170 Zeilen 136 Pf., 180 Zeilen 144 Pf., 190 Zeilen 152 Pf., 200 Zeilen 160 Pf., 210 Zeilen 168 Pf., 220 Zeilen 176 Pf., 230 Zeilen 184 Pf., 240 Zeilen 192 Pf., 250 Zeilen 200 Pf., 260 Zeilen 208 Pf., 270 Zeilen 216 Pf., 280 Zeilen 224 Pf., 290 Zeilen 232 Pf., 300 Zeilen 240 Pf., 310 Zeilen 248 Pf., 320 Zeilen 256 Pf., 330 Zeilen 264 Pf., 340 Zeilen 272 Pf., 350 Zeilen 280 Pf., 360 Zeilen 288 Pf., 370 Zeilen 296 Pf., 380 Zeilen 304 Pf., 390 Zeilen 312 Pf., 400 Zeilen 320 Pf., 410 Zeilen 328 Pf., 420 Zeilen 336 Pf., 430 Zeilen 344 Pf., 440 Zeilen 352 Pf., 450 Zeilen 360 Pf., 460 Zeilen 368 Pf., 470 Zeilen 376 Pf., 480 Zeilen 384 Pf., 490 Zeilen 392 Pf., 500 Zeilen 400 Pf., 510 Zeilen 408 Pf., 520 Zeilen 416 Pf., 530 Zeilen 424 Pf., 540 Zeilen 432 Pf., 550 Zeilen 440 Pf., 560 Zeilen 448 Pf., 570 Zeilen 456 Pf., 580 Zeilen 464 Pf., 590 Zeilen 472 Pf., 600 Zeilen 480 Pf., 610 Zeilen 488 Pf., 620 Zeilen 496 Pf., 630 Zeilen 504 Pf., 640 Zeilen 512 Pf., 650 Zeilen 520 Pf., 660 Zeilen 528 Pf., 670 Zeilen 536 Pf., 680 Zeilen 544 Pf., 690 Zeilen 552 Pf., 700 Zeilen 560 Pf., 710 Zeilen 568 Pf., 720 Zeilen 576 Pf., 730 Zeilen 584 Pf., 740 Zeilen 592 Pf., 750 Zeilen 600 Pf., 760 Zeilen 608 Pf., 770 Zeilen 616 Pf., 780 Zeilen 624 Pf., 790 Zeilen 632 Pf., 800 Zeilen 640 Pf., 810 Zeilen 648 Pf., 820 Zeilen 656 Pf., 830 Zeilen 664 Pf., 840 Zeilen 672 Pf., 850 Zeilen 680 Pf., 860 Zeilen 688 Pf., 870 Zeilen 696 Pf., 880 Zeilen 704 Pf., 890 Zeilen 712 Pf., 900 Zeilen 720 Pf., 910 Zeilen 728 Pf., 920 Zeilen 736 Pf., 930 Zeilen 744 Pf., 940 Zeilen 752 Pf., 950 Zeilen 760 Pf., 960 Zeilen 768 Pf., 970 Zeilen 776 Pf., 980 Zeilen 784 Pf., 990 Zeilen 792 Pf., 1000 Zeilen 800 Pf.

Warnzeichen!

Schwere Zusammenstöße in Wuppertal

Wuppertal, 19. Juni. Die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die gestern nachmittags einsetzten, als sich SA-Leute in Uniform auf der Straße lebhaft bewegten, dauerten gestern den ganzen Tag über an. Die Angriffe gingen in der Hauptsache von den Kommunisten aus.

In Barmen wurde bei einem Zusammenstoß ein Kommunist durch einen Messerstich verletzt. An einer anderen Stelle wurden zwei Nationalsozialisten überfallen und durch Schüsse eines Kommunisten schwer verletzt. Der Täter wurde erkannt, konnte aber entkommen. Im Stadtteil Barmen erhielt ein unbeteiligter Mann einen Dolchstoß.

Gegen 12 Uhr wurden von unbekannten Tätern die Fenster der nationalsozialistischen Buchhandlung in Barmen eingeworfen. Am frühen Morgen nahm die Polizei zwei Nationalsozialisten fest, als sie Passanten nach Waffen untersuchten.

Auch in Elberfeld kam es in den gestrigen Abendstunden und heute früh zu Zusammenstößen. Etwa 10 Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Bei Reibereien wurden zwei Polizeibeamte leicht verletzt. Am späten Abend schlugen unbekannte Täter das Fenster eines nationalsozialistischen Notars ein und gaben einige scharfe Schüsse durch die Tür ab, die jedoch niemand verletzte.

Zusammenstöße in Hagen

Hagen, 19. Juni. In den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden kam es im Stadtteil Dabbe zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Wie die Polizei meldet, gingen die Gegner mit Laten, Stöcken, alten Seitengewehren und Messern aufeinander los. Es wurden auch scharfe Schüsse geschossen. Auf beiden Seiten wurden insgesamt 30-40 Personen verletzt, darunter 5 schwer. Die Polizei nahm 5 Personen fest.

Zusammenstöße in Köln

Köln, 19. Juni. Der Polizeibericht meldet: In den Morgenstunden des Sonntags bewegten sich auf der Ringstraße auffallend viel Angehörige der NSDAP und des Stahlhelms in Uniform, die wiederholt versuchten, sich zu kleineren verbotenem Kundgebungen zusammenzuschließen. Die gegen sie einschreitenden Polizeibeamten wurden wiederholt mit „Bluthandschuh“, „Seweringstocher“ usw. beschimpft. Wiederholt wurden die Beamten auch tätlich angegriffen und mit Steinen, sowie anderen Gegenständen beworfen. In der Abwehr dieser Angriffe mußten die Polizeibeamten wiederholt auch von der Schusswaffe Gebrauch machen.

In früheren Zusammenstößen kam es vor dem Parteihaus der NSDAP in der Mittelstraße, wo auf die Polizeibeamten geschossen und auf dem Gang heraus mit Stühlen, Haken, Büroeinrichtungsgegenständen usw. geworfen wurde. Auch hier mußte von dem Gummihüpfel und der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Das Parteihaus wurde vorübergehend von der Polizei besetzt. Soweit bisher feststeht, wurden durch die Schüsse der Polizeibeamten mehrere Personen verletzt. Auch einige Beamte erlitten durch die Nationalsozialisten mehr oder weniger schwere Verletzungen. In den Nachmittagsstunden mußten wiederholt Nationalsozialisten in Uniform vor kommunistischen Angriffen geschützt werden.

Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 19. Juni. (Fig. Meld.) Ein kommunistischer Stoßtrupp feuerte in der vergangenen Nacht auf ein Lokal in Treptow, in dem sich Nationalsozialisten zu einer Feier versammelt hatten. 12-15 Schüsse ab durch die vier Nationalsozialisten verletzt wurden. Der Polizei gelang es, 10 Personen festzunehmen, von denen einer im Besitz einer Pistole und 15 Schußmunition war.

Angehörige des Wismarabundes wurden in der vergangenen Nacht im Treptow-Park in Berlin-Friedrichsfelde überfallen und durch Messerstiche verletzt. Einer der Messerstecher, der angeblich parteilos ist, wurde festgenommen.

Bei einer Messerstecherei im Humboldt-Deim wurde eine Person verletzt. Vier Täter, ebenfalls angeblich parteilos, wurden festgenommen.

Die Unfall- u. Invalidenversicherung im Jahre 1931

W. Berlin, 18. Juni. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht die vorläufigen Geschäftsergebnisse der Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1931. Die gesamten Aus-

gaben in der Unfallversicherung belaufen sich hiernach auf 418,3 Millionen RM., etwa 11 Millionen RM. weniger als 1930. Die Zahl der versicherten Personen ist bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 2 451 200 festgesetzt worden gegen 11 238 700 im Vorjahre. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung kommen 14 054 000 Versicherte in Betracht. Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften zugrundegelegten Löhne sind auf 16 673 204 400 Reichsmark festgesetzt worden gegen 21 692 228 400 RM. 1930. In der Invalidenversicherung wird eine Gesamteinnahme von 21,9 Millionen RM. nachgewiesen. Die Ausgaben mit 1109,5 Millionen RM. übersteigen die Einnahmen um 187,6 Millionen RM., die dem Vermögen entnommen werden mußten.

Stahlhelm gegen das Uniformverbot der süddeutschen Regierungen

Berlin, 19. Juni. (Fig. Meldung.) Die Bundespressstelle des Stahlhelms teilt mit: Der Landesverband Baden-Württemberg des Stahlhelms hat gegen das von der badi-schen Regierung erlassene Uniformverbot scharfsten Protest eingelegt. Er wird mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Verbot vorgehen. Weiter hat der Landesverband Bayern des Stahlhelms wegen des neuen bayerischen Uniformverbots ein Telegramm an den Herrn Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister gerichtet, in dem er ein Vorgehen gegen die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung erbittet.

Die Bautätigkeit im letzten Jahre

Städtischer Umschwung

Die Bautätigkeit von 1931 hielt sich trotz der Finanzierungsschwierigkeiten noch auf beachtlicher Höhe. Insgesamt wurden 251 700 Wohnungen neu erstellt, etwa ein Viertel weniger als im Vorjahre. Der Neinzugang belief sich auf 233 400 und dürfte damit ungefähr dem Zugang an Haushaltungen entsprechen.

Der Kleinwohnungsbau ist am wenigsten zurückgegangen; sein Anteil am gesamten Wohnungsbau hat daher eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die verhältnismäßige Zunahme der Kleinwohnungen war in allen Gemeindegrößenklassen festzustellen.

Der Rückgang der Wohnbautätigkeit ist hauptsächlich auf die Einschränkung der für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel zurückzuführen.

Unter den Bauherren standen, wie das Statistische Reichsamt im letzten erschienenen Jahrbuch von „Wirtschaft und Statistik“ feststellt, die privaten Auftraggeber an erster Stelle. Ihr Anteil am Wohnungsbau belief sich auf 51,7 v. H. (1930: 51,3 v. H.). Damit ist gegenüber der Entwicklung der letzten Jahre — sinkender Anteil der rein privaten Bautätigkeit unter dem Einfluß der öffentlichen Unterstützung des Wohnungsbau — ein Umschwung eingetreten. Die Bautätigkeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen hielt sich anteilmäßig ebenfalls noch etwas über dem Stand des Vorjahres, während die der öffentlichen Körperschaften weiter zurückgegangen ist. Von 100 Wohnungen in Wohngebäuden wurden erbaut:

	1931	1930	1929
öffentlichen Körperschaften	8,0	8,9	9,8
gemeinnützigen Gesellschaften	40,3	39,8	34,9
privaten Bauherren	51,7	51,3	55,5

Von den einzelnen Ländern und Landesteilen hatten Hessen, Braunschweig, die Provinz Sachsen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, Schleswig-Holstein, Hannover und Berlin die härtesten Rückschläge im Wohnungsbau zu verzeichnen. Verhältnismäßig gering war die Schrumpfung der Wohnbautätigkeit in Ostpreußen und in Oldenburg; dagegen wurde in Anhalt die Bauleistung des Vorjahres überstiegen. Der Anteil der Kleinwohnungen am gesamten Bauaufkommen war besonders erheblich in Obersachsen, Ostpreußen und Niedersachsen, während er in Hannover, Württemberg, Hessen-Nassau und Thüringen beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt lag.

Berliner Geschäftsmoral

Es ist höchste Zeit, daß Berlin von einem gesunden, frischen Wind einmal richtig ausgekehrt wird. Der üble Geruch zweifelhafter Geschäfte hat sich überall in den vornehmen wie ärmeren Vierteln eingenistet. Hier seien einige Beispiele

neuen Datum, die den Berliner Zumpf beleuchten, erwähnt.

Die „Stadtbrandbedrohung für Arbeitslose“ gilt heute als ein großes soziales Problem. Das hindert natürlich nicht, daß sich bei dieser sozialen Tat gewisse überflüssige Hände beteiligen. Ein Arbeiterhäuschen ist in 1000 Arbeitstunden erbaut, von denen jeder Erwerbslose rund 75 Prozent selbst beisteuern kann. Aber warum die Erwerbslosen zum Bau heranzuziehen? Das wäre ja zu billig! Man läßt den Baustofflieferanten den größten Teil der Arbeit in seiner eigenen Werkstatt herstellen, den Arbeitslosen auf der Baustelle hergestellt werden und würde dann 0,80 RM. kosten. Ein kleiner Unterschied. Doch übrigens die Siedlungsteilnehmer nach der Parteizugehörigkeit ausgetrennt wurden, das nur nebenbei.

Während „man“ jedoch hinter diesen Siedlungseigenheiten nichts mehr findet, ist man darüber doch etwas empört, daß Angestellte von Untersuchungsgefängnissen gegen eine kleine Freundschaft den Untersuchungsgefängnissen die Visitenkarten von Anwälten zufommen lassen. Daß vor dem Polizeipräsidenten Referendare warten und bereit sind, 100 RM. oder eine andere Summe zu zahlen, wenn ihr Herr die „Verteidigung“ abgetreten befähigt, zeigt so recht die Rot der Rechtsanwält.

Unverhört ist, daß heute in Berlin Strafverteidiger von ihren Kunden im Voraus Bezahlungen annehmen, bevor noch eine strafbare Handlung vorliegt. Der „Anwalt“ besteht in solchen Fällen 30-50 RM. im Monat und muß dafür seinen „Kunden“ verteidigen, „wenn das Ding zum Klappen kommt“.

Wie im übrigen die Berliner Rechtsanwält „arbeiten“, dafür ein weiteres Beispiel: Ein Anwalt verlor in der ersten Instanz den Prozeß. Er beantragte für die Berufungsinahme Armenrecht. Damit übernahm sein Mandant für die Berufung keine Ausgaben und kein Risiko. Dann erklärte der Anwalt der Gegenpartei telephonisch: „Wir haben Armenrecht. Sie müssen ihrem Anwalt mindestens 200 RM. Vorschuß geben. Geben Sie meiner Partei diese 200 RM. statt Ihrem Anwalt; denn meine Partei liefert den Offenbarungseid.“

Der Südosten im deutschen Schicksal

is. Im Rahmen der Veranstaltung des Akad. Arbeitsausschusses für Deutsche im Ausland sprach in der Münchner Universität der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Dr. Kurt Trautner, über „Der Südosten im politischen Schicksal Deutschlands und Europas“. Wir geben aus seinen Ausführungen folgenden Grundgedanken wieder:

Der Südosten Europas war von jeher der gefährlichste politische Erdbebenherd unseres Erdteils. Dünnen, Avaren, Ungarn und Türken haben von Südosten her im Lauf der Geschichte das Gefüge des christlichen Abendlandes in seinen Grundfesten erschüttert. Alle das Leben Europas gefährdenden Bewegungen aus dem Osten sind erst dann zum Stillstand gekommen, wenn nicht nur die Abwehr der Südostvölker, sondern die des deutschen Kernvolkes gegen sie ins Feld gestellt wurden. Heute steht Europa wiederum vor einer gefährlichen Entwicklung. Eine zerrissene, von Gegenströmungen erfüllte und wirtschaftlich zerstückelte südosteuropäische Zone steht der asiatischen Bewegung des Bolschewismus ohne innere Stärke gegenüber. Die Friedenspolitik haben künstlich die organische Zusammenarbeit des deutschen Volkes mit den Völkern des unteren Donauraumes unterbunden. Staats-, Volks-, Kultur- und Wirtschaftsgrenzen in Südost verlaufen abwechselnd voneinander, so daß der ganze Südosten zu einer verzerrten Schütterecke geworden ist. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkes, diesen Raum neu zu gliedern. Die mitteleuropäische Kolonisation muß die wirtschaftlichen Kräfte eines großen Raumes zur Einheit zusammenfassen, die nationalkulturelle Selbstverwaltung der Völker muß die freie Entwicklung der Volkspersönlichkeiten gewährleisten. Wenn so das Spannungsverhältnis zwischen Raum und Volkstum gelöst ist, besteht die Möglichkeit zu einer Abrüstung der teilweise un sinnigen und stets überlangen Vinnengrenzen zu gelangen und die Grenzen eines gegen den asiatischen Bolschewismus wehrhaften Europa bis an die Westgrenzen des ostslawischen Siedlungsgebietes vorzuschieben. Die Mitarbeit des deutschen Volkes muß allerdings davon abhängig gemacht werden, daß im Rahmen der neuen Ordnung auch das deutsche Volk die Möglichkeit der freien Entfaltung seiner Eigenart findet.

Knut Hamsun VICTORIA Die Geschichte einer Liebe

Knabdruck erhalten. Copyright by Eugen-Wälder, München.
(2. Fortsetzung.)

Johannes antwortet:
Er kommt.
Hierher? fragt sie rasch.
Ja.
Victoria steht auf und zieht sich nach dem Ausgang zurück.

Komm, gehen wir lieber wieder hinaus.
Es eilt nicht, sagt Johannes, der selbst bleich geworden ist. Er kommt nicht vor heute nacht. Er kommt um die Mitternachtsstunde.

Victoria ist beruhigt und will wieder ihren Platz einnehmen. Aber Johannes fällt es schwer, des Unheimlichen, das er selbst heraufbeschworen hat, Herr zu werden, es wird ihm zu gefährlich in der Höhle, und er sagt:

Wenn du wirklich wieder hinausgehen willst — ich habe draußen einen Stein mit deinem Namen darauf. Den könnte ich dir zeigen.

Sie kriechen aus der Höhle und suchen den Stein. Victoria ist stolz und glücklich darüber.

Johannes ist gerührt, er möchte weinen und sagt:

Wenn ich jetzt fort bin und du siehst ihn manchmal an, dann mußt du an mich denken. Mir einen freundlichen Gedanken schenken.

Ja, bestimmt, antwortet Victoria. Aber du kommst doch wohl wieder?

Ach, das weiß Gott allein. Nein, ich werde wohl kaum wiederkommen.

Sie fingen an heimzuwandern. Johannes ist dem Weinen nah.

Ja, leb wohl, sagt Victoria.

Nein, ich kann noch ein Stückchen weiter mitgehen.

Aber daß sie ihm so herzlos, so eher desto lieber, Lebenswohl sagen kann, macht ihn bitter, läßt in keinem verwundeten Gemüt den Jörn aufsteigen. Er bleibt plötzlich stehen und sagt voll ehrlicher Erregung: Aber das will ich dir sagen, Victoria, du wirst keinen bekommen, der so gut gegen

dich sein wird, wie ich es gewesen wäre. Das will ich dir nur sagen.

Ja, aber Otto ist auch gut, wendet sie ein.

Ja, nimm ihn nur.

Schweigend gehen sie einige Schritte weiter.

Ich werde es sicher großzügig bekommen. Hab nur keine Angst. Denn du weißt noch nicht, welchen Lohn ich erhalten werde.

Nein, was erhältst du als Lohn?

Die Hälfte des Reiches. Doch das ist erst das eine.

Rein, so etwas!

Und dann bekomme ich die Prinzessin.

Victoria blieb stehen.

Das ist nicht wahr, oder?

Doch, das sagte er.

Ja, Victoria murmelt vor sich hin:

Wie sie wohl aussehen mag?

Aber du lieber Gott, sie ist schöner als irgendein Mensch auf Erden. Das weiß man doch schon seit jeher.

Victoria ist bedrückt.

Wißt du sie denn haben? fragt sie.

Ja, antwortet er, es wird wohl so kommen. Als das Victoria wirklich nahegeht, fügt er hinzu: Aber es kann schon sein, daß ich einmal wiederkehre. Daß ich einmal einen Ausflug auf die Erde mache.

Ja, aber nimm sie dann nicht mit, bat sie. Wozu willst du sie dabei haben?

Nein, ich kann auch allein kommen.

Wißt du mir das versprechen?

O ja, das kann ich versprechen. Was machst du dir übrigens daraus? Ich kann doch nicht erwarten, daß du dir etwas daraus machst.

Das darfst du nicht sagen, hörst du, antwortet Victoria.

Ich bin sicher, daß sie dich nicht so lieb hat wie ich.

Eine warme Freude durchbebt sein junges Herz. Am liebsten wäre er vor Freude und Beschämung über ihre Worte in die Erde gesunken. Er wagte nicht, sie anzublicken, er sah weg. Dann hob er einen Zweig vom Boden auf, nagte die Rinde ab und schlug sich mit dem Zweig in die Hand. Schließlich fing er in seiner Verlegenheit zu pfeifen an.

Ja, ja, ich muß wohl heimgehen, sagt er.

Ja, leb wohl, antwortet sie und reicht ihm die Hand.

Der Sohn des Müllers reiste fort. Lange blieb er weg, er ging in die Schule und lernte sehr viel, wuchs, wurde groß und stark und bekam auf der Oberlippe einen Fleck.

Es war so weit in die Stadt, die Reife hin und zurück so

teuer, viele Jahre lang ließ der sparame Müller seinen Sohn Sommer und Winter in der Stadt. Er studierte die ganze Zeit.

Inzwischen war ein erwachsener Mann aus ihm geworden, er war etwa achtzehn, zwanzig Jahre alt.

Da ging er eines Nachmittags im Frühling vom Dampfschiff an Land. Auf dem Schloß war die Flagge gehißt, für den Sohn, der mit dem gleichen Schiff ebenfalls in die Ferien heimkam; man hatte ihm einen Wagen an die Landungsbrücke entgegengebracht. Johannes grüßte den Schloßherrn, die Schloßherrin und Victoria. Wie groß und froh war Victoria geworden! Sie beantwortete seinen Gruß nicht.

Er nahm die Mühe noch einmal ab und hörte sie ihren Bruder fragen:

„Du, Ditlef, wer grüßt den da?“

Der Bruder antwortete:

„Das ist Johannes, Johannes Müller.“

Sie warf ihm noch einmal einen Blick zu; aber nun schämte er sich, noch einmal zu grüßen. Dann fuhr der Wagen fort.

Johannes begab sich nach Hause.

Mein Gott, wie lustig und klein doch die Stube war! Er konnte nicht aufrecht durch die Türe gehen. Die Eltern empfingen ihn mit einem Willkommenstrahl. Eine große Erregung bemächtigte sich seiner, alles war so rührend und lieb, Vater und Mutter empfingen ihn so grau und gut eins nach dem andern reichte ihm die Hand und hieß ihn zu Hause willkommen.

Nach am selben Abend ging er umher und besah sich alles, war bei der Mühle, beim Steinbruch und besuchte den Fischplatz, lauschte mit Wehmut den vertrauten Vögeln, die in den Bäumen schon ihre Nester bauten und dann und wann zu dem tiefen Amselenschaufeln im Wald hinüberflogen. Die Amselchen waren fort, der Haufen ausgeföhrt. Er wählte in dem Haufen, es war kein Leben mehr darin. Während er so umherging, bemerkte er, daß der Wald des Schloßherrn stark ausgeholzt worden war.

„Kennst du dich hier wieder aus?“ fragte der Vater im Scherz. „Hast du deine alten Drosseln wieder getroffen?“

„Nicht alles ist so wie früher. Der Wald ist ausgeholzt.“

„Der gehört dem Schloßherrn“, antwortete der Vater. „Es ist nicht unsere Sache, seine Bäume zu zählen. Ein jeder kann Geld brauchen, der Schloßherr braucht viel Geld.“

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land

Des Kindes Segen

Wie still lag doch der große Raum,
Darin wir müde saßen,
Darin wir uns in schwerem Traum
Verloren und vergaßen....

Und plötzlich strahlt er voller Licht
Und gibt uns Glück und Frieden,
Ein Kind tanzt fröhlich, singt und spricht,
Schenkt uns die Jugend wieder.

Bringt Leben in den stillen Raum,
Lächelt froh die Herzen schauen,
Dat segnend einen schweren Traum,
Dat Sorgen fortgetragen.

Carl Fritz Illmer

Keine Grashalme in den Mund nehmen!

Im Sommer wird alljährlich durch die leichtsinnige Un-
sicht, Grashalme in den Mund zu nehmen und daran zu kauen,
eine gefährliche Krankheit verbreitet, die vom Strahlenpilz
verursacht wird. Dieser Pilz befindet sich verhältnismäßig
häufig auf Getreidehalmen und auf Gräsern, auf den Ähren
wie auf dem Stroh und erregt, auf Menschen übertragen,
schwere eitrige Entzündungen, die sogar tödlich verlaufen
können. Die Entzündungen entstehen nach dem Kauen befallener
Gräser hauptsächlich im Halsfleisch und in der Wangen-
schleimhaut, überhaupt in allen Teilen des Mundes. Das
Bilzgelechte senkt sich in das menschliche Gewebe ein, bringt es
zum Verfall und die Folge davon sind erst sehr harte, dann
weiche Geschwülste, die bis auf die Kieferknochen gehen können
und sehr schmerzhaft sind. Was die Erkrankung besonders ge-
fährlich macht, ist die Fähigkeit des Strahlenpilzes, sich auf
dem Wege über die Blutbahnen im ganzen menschlichen Kör-
per zu verbreiten, wodurch Blutvergiftung entsteht. Diese Ge-
fahren des Strahlenpilzes werden leider immer noch viel zu
wenig bekannt und beachtet, sonst wäre es nicht möglich,
daß selbst unter Erwachsenen immer noch die Unsitte zu beob-
achtet ist, an abgepflückten Grashalmen zu kauen.

Württemberg

Kornwestheim, 19. Juni. (Die Wahllochung wird Tausche.)
Wie die „Kornwestheimer Zeitung“ mitteilt, hat Ratsherr
Bödingen nach eingehenden Beratungen mit seinem Rechtsanwalt
sich nunmehr doch entschlossen, die Bürgermeisterei vom 12. Juni
anzufechten. Das Vorgehen stützt sich auf die Notiz in der „Medien-
Welt“ am Vortage der Wahl. Sie lautet: „Nach der Bödingen
Ratsherr Bödingen hat sich von der Kandidatur seiner Kandidatur
überzeugt und hat seinen Abschied genommen.“ Wie weit diese
Notiz Einfluss auf die Stimmzahl der Kandidatur hatte, das
zu untersuchen und zu prüfen wird nun Angelegenheit des Mini-
steriums des Innern sein.

Heilbronn, 19. Juni. (Seinen Sohn verschwiegen.) Ein Heil-
bronner Kraftfahrer hat auf einem Fragebogen mit dem Gesicht um
Wohlfahrtsunterstützung seinen Sohn verschwiegen. Da der Sohn
über 150 Mk. Monatsgehalt verdient, wurde dieses Verschweigen
vor Gericht als Betrug angeklagt, denn der Vater hatte zu Unrecht
28 Mk. monatliche Zuschussunterstützung bekommen. Er erhielt 8 Tage
Gefängnis.

Heilbronn, 18. Juni. (Messerstecher.) In der mittleren Allee kam
es Donnerstag abend zu einem Streit, wobei einer der Streitenden
zum Messer griff und seinem Gegner einen so heftigen Stich in den
Arm versetzte, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Heilbronn, 18. Juni. (Ein Mädchen vernicht.) Seit Freitag
wird hier ein Kind vernichtet. Es handelt sich um ein
7-jähriges, geistig und körperlich zurückgebliebenes Mädchen, das die
Mutter zum Kirchenspielen mit aufs Feld nahm. Als die Mutter
auf dem Baum war, ließ das Kind in einem unbewachten Augen-
blick weg. Da sich angränzend ein ausgebeutetes Herr von Getreide-
feldern befindet und das Kind selbst nicht sprechen kann, sind die
Nachforschungen sehr erschwert. Ein Landjäger mit einem Polizeihund,
die Angehörigen des Kindes und Privatleute von hier haben die
hochstehenden Felder schon fleißig durchsucht, ohne eine Spur
von dem Kind zu finden. Nachts mußte ein Zug der Feuerwehr mit
Leutern ausrücken, der nach hundenslangem Suchen ebenfalls ohne
Erfolg heimkehrte. Der Fall bleibt vorläufig ein Rätsel.

Stuttgart, 18. Juni. (Polizeibericht.) Vom Polizeipräsidium
wird mitgeteilt, daß in Heselach im Laufe des Abends ein National-
sozialist von politischen Gegnern überfallen und mißhandelt wurde,
trotzdem seine Einlieferung ins Krankenhaus erfolgen mußte. Die An-
sammlungen in Heselach dauerten bis gegen Mitternacht und machten
wiederholtes Eingreifen des Heberfallkommandos notwendig. Auch in
Stühlingen kam es gegen Mitternacht zu erneuten Ansammlungen,
auch dort wurden mehrere Nationalsozialisten auf dem Heimweg
von politischen Gegnern überfallen. Neben 2 Leichtverletzten mußte
1 Mann ins Krankenhaus eingeliefert werden. Bei der Schlägerei
im Wulfsaal wurde auch ein Kriminalbeamter durch einen National-
sozialist leicht verletzt. Insgesamt hat sich die Zahl der gestrigen in Po-
lizeigewahrsam Genommenen auf 21 erhöht.

Enningen, 18. Juni. (Die ausgeschlossenen kommunis-
tischen Gemeinderäte.) In der letzten Gemeinderatsitzung gab
Bürgermeister Klotz bekannt, daß sich zum ersten Male seit 5 Monaten
die drei kommunistischen Gemeinderäte Kries, Eger und Hegel wieder
in der Mitte des Kollegiums befinden. Der Disziplinarstrafhof habe
von einer Bestrafung der Gemeinderäte, die in einem Antrag im Ge-
meinderat zum Steuerfiskus aufgefördert hatten, abgesehen, ihnen viel-
mehr nur einen Beweis erteilt und sie zur Tragung der Kosten des
Verfahrens verurteilt.

Gmünd, 18. Juni. (Stillstand in der Arbeitslosigkeit.) Nach
dem Bericht des Bezirksarbeitsamts Gmünd beträgt die Zahl der
Unterstützungsempfänger am 15. Juni 2752 gegen 2918 am 1. Juni.
Die konjunkturelbedingten Wirtschaftszweige haben keine Besserung
aufzuweisen. Die Edelmetallindustrie zeigt ein weiteres leichtes Ab-
gleiten des Beschäftigungsgrades. Kurzarbeiter werden etwa 1500 ge-
zählt und im freiwilligen Arbeitsdienst sind 56 Arbeitsdienstwillige
beschäftigt.

Schramberg, 19. Juni. (Straßenbau zum Föhrenbühl.) Der
30 Mann starke freiwillige Arbeitsdienst auf dem Föhrenbühl hat
seine Arbeit beendet. Der Württ. Schwarzwalddorferverein war der

Träger der Arbeit beim Bau einer Zufahrtsstraße vom Weiler Föhren-
bühl nach dem Kriegsgefallenengedächtnishaus auf dem Rosswald-
kopf. Das Helmatwerk war in Verbindung mit dem Arbeitsamt
Kottweil der Organisator des Ganzen. Die Leitung hatte Konrad
Wagner-Göppingen und Ingenieur Hartmann von der Volkshoch-
schule Comburg. Geleistet wurde während der vergangenen Arbeits-
wochen recht viel. Die gebaute Straße ist 700 Meter lang. 24 Wochen
wurden daran gearbeitet. Eine durchschnittliche Steigung von 16%,
(im letzten Teil 17-19 Proz.) ist ihr eigen. Die normale Breite be-
trägt 2,50 Meter (Ausweichtellen 3,50 und 4,50 Mtr.) Im trauten
Kreis fand die Schlussfeier statt.

Schramberg, 18. Juni. (Düstere Zeiten in der Uhrenindustrie.)
Am Donnerstag fand eine gut besuchte Betriebsversammlung der
Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik statt, die heute noch eine Be-
legschaft von etwa 800 Angestellten und Arbeitern hat; dabei wurden
verschiedene Referate entgegengenommen. Durch den Auftragsrück-
gang wäre es zur Zeit möglich, die gesamte Produktion der Schram-
berger Uhrenfabriken in einem Betrieb (Jungbana) zu bündeln, aber die
Festfertigung der Uhren (HAU-Fabrikmarke) sollen nicht aus der
Produktion ausgeschaltet werden, deshalb soll die Belegschaft mehrere
finanzielle Opfer bringen. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt,
daß Direktor Richard Landenberger den Verwaltungsausschuß des
Jungbanskonzerns bitten zu lassen, daß die Belegschaft des Werkes
Hamburg-Amerik. Uhrenfabrik bereit ist, der düsteren Zeitverhältnisse
entsprechend weitere Opfer zu bringen. Ueber die Größe der Opfer-
bereitschaft wurde nicht debattiert. Der Verwaltungsausschuß, der
Ende Juni zusammentritt, wird über die ganze Angelegenheit be-
ratern. An der Abstimmung nahmen etwa 700 Werksangehörige teil.

Tailfingen, 18. Juni. (Verschiebung des Württ. Landesturn-
treffens.) Der Stadt Tailfingen wurde das diesjährige Landestreffen
der Schwab. Turnerschaft übertragen. Wegen der Reichstagswahl
wird das Fest verschoben und am 6. und 7. August 1932 abgehalten.

Rangendingen in Hohenzollern, 18. Juni. (Sägewerk abgebrannt.)
Das Sägewerk des Andreas Schwenk ist Donnerstag Nacht bis auf
die Grundmauern abgebrannt. Der Feuerwehr gelang es, das Feuer
von der Bahnhofsstrasse und vom Bahnhof abzuhalten. Auch ein
Schuppen für Bretter und Geräte wurde gerettet. Das Sägewerk
selbst mit der ganzen Einrichtung und den Maschinen wurde ein
Kaub der Flammen. Das aufgeschaltete Holz, das sich in einiger
Entfernung vom Sägewerk befand, erlitt weniger Schaden. Das
Anwesen soll um 56000 Mark versichert gewesen sein. Die Suche
nach der Brandursache hat ergeben, daß Brandstiftung angenommen
werden muß.

Krauchenwies i. Hohenzollern, 17. Juni. (400000 Mk. Brand-
schaden.) Der Brandschaden beim Sägewerk der Firma Eitlinger
& Weber wird nach vorläufiger Schätzung auf 400000 Mk. beziffert.
Davon entfallen 180000 Mk. auf Schäden an Gebäuden, Maschinen
usw. und etwa 220000 Mk. auf Materialschaden. Das Werk ist bei
einer ausländischen Versicherungsgesellschaft gut versichert. Ueber die
Brandstiftung läßt sich noch nichts Näheres mitteilen. Die Berneh-
mungen werden noch fortgesetzt.

Arbeitsprogramm des Landtags

Stuttgart, 19. Juni. Der Landtag, der am Donnerstag,
23. Juni, nachm. 4 Uhr, wieder zusammentreten soll, wegen der
Genehmte indessen erst etwas später seine Tätigkeit wieder auf-
nehmen dürfte, wird eine sehr umfangreiche Arbeit vorfinden.
Die Tagesordnung umfaßt zunächst die Beantwortung von 8
kleinen Anfragen, ferner 5 Große Anfragen, darunter die
jenige betr. den Empfang der drei süddeutschen Ministerpräsi-
denten beim Reichspräsidenten. Bezüglich dieser Großen An-
fragen haben die Minister zunächst nur zu erklären, wann sie
zu ihrer Beantwortung bereit sind. Weitere Gegenstände der
Tagesordnung sind die 1. Beratung des Entwurfs eines Neu-
ordnungsgezetzes zum Gemeindefeuergesetz (Zilinski), die
Anträge des Finanzausschusses betr. Hilfe für die Unver-
geldschädigten, die Begründung, Beantwortung und Befreiung
der Großen Anfrage der Abg. Wurr und Gen. betr. das Verbot
von Verammlungen unter freiem Himmel u. a. in Ver-
bindung mit anderen Anträgen betr. das Verbot des roten
Frontkämpferbundes und die Auflösung kommunikativer Or-
ganisationen, endlich die Befreiung der Großen kommuni-
stischen bzw. nationalsozialistischen Antraben betr. Maßnah-
men der Polizeidirektion Heilbronn und betr. das Verhalten
der Polizei gegenüber Streikenden. Der Plenarbericht geben
Fraktionsführungen voran.

Der Christliche Volksdienst und Staatspräsident Dr. Volz

Stuttgart, 19. Juni. Zu dem Schritt von Staatspräsident
Dr. Volz beim Reichspräsidenten schreibt der „Christliche
Volksdienst“: Wir haben den Eindruck, daß leider die poli-
tischen Leidenschaften eine Würdigung der tatsächlichen Unter-
stände der Aktion des württembergischen Staatspräsidenten
unmöglich machen. Wenn die württembergischen Geschäfts-
leute, insbesondere die württembergischen Kleinbauern, es am
eigenen Leide spüren werden, wie sie gegenüber den wirtschaft-
lichen Interessen des Nordens, insbesondere des Großgrund-
besitzes, benachteiligt und zurückgesetzt werden, werden sie sich
bei den zentralistisch eingestellten Parteipolitikern der Deutsch-
nationalen und Nationalsozialisten bedanken können. Wir
halten es gerade im jetzigen Augenblick für wichtig, die beson-
deren Interessen unseres württembergischen Landes gegenüber
den jetzt stark hervortretenden zentralistischen Tendenzen nach-
drücklich zu betonen.

Landesversammlung des Verkehrsverbands Württemberg-Hohenzollern

Neuenbürg nächstjähriger Tagungsart

Heidenheim, 19. Juni. Am Samstag und Sonntag fand
hier die Mitgliederversammlung des Verkehrsverbands Würt-
temberg-Hohenzollern statt. Die Tagung war von allen Teilen
des Landes sehr gut besucht. Unter den Gästen bemerkte man
u. a. Landrat Gerhard Deidenheim, Oberreg.-Rat Schiller-
Stuttgart, Reichsbahnoberrat Gufmann-Stuttgart, Oberpost-
rat Dr. Betting-Stuttgart, Oberbürgermeister Dr. Frank-Lud-
wigsburg, Bürgermeister Dr. Brönnler-Bad Mergentheim, so-
wie verschiedene Bürgermeister und Landräte württ. Gemein-
den und Oberämtern. Die Verhandlungen begannen am
Samstag nachmittag mit einer Ausschussitzung im Hotel Ober-
stein, in der der Etat 1932/33 sowie interne Verhandlungsangelegen-
heiten zur Sprache kamen. Um 4 Uhr war im großen Saal
des Hotels „Lohse“ die Mitgliederversammlung. Diese wurde
von Reichsrat Dr. Waldmüller-Stuttgart geleitet anstelle des
erkrankten Rechtsanwalts Schwab-Stuttgart. Der Vorsitzende
begrißte die Gäste und Mitglieder in kurzen Worten. Als-
dann erhaltete Direktor Hölzl-Stuttgart den Verbands-
bericht 1931. Dilem entnehmen wir folgendes: 1931 war für
den Verband und für den Fremdenverkehr ein hartes Jahr.
Es gab in Württemberg 6,4 Prozent weniger Gäste und 10,3
Prozent weniger Übernachtungen als 1930 in den 175 Ge-
meinden, die eine Fremdenkassette führen. In Stuttgart be-
trug der Rückgang bei den Gästen sogar 13,6 Prozent, bei den
Übernachtungen 13,8 Prozent. Es übernachteten in den 175
Gemeinden 1032920 Deutsche und 73440 Ausländer. Die Ge-
samtzahl der Übernachtungen betrug 3354067. Während die
Württemberg im Jahre 1929 noch 42,4 Prozent der Gäste
stellten, waren sie 1931 nur noch mit 37,5 Prozent vertreten,
ein Beweis, daß die Werbung außerhalb der Landesgrenze immer
mehr Fremde heranzog. Im Verhältnis zu vielen anderen
Ländern hat Württemberg im Fremdenverkehr immer noch gut
abgeschnitten. Der Verkehrsverband verdient für seine Wer-

Sind die Bau sparner gefährdet?

Von Johannes Fischer, M. d. L., Stuttgart

Diese Frage ist in den letzten Monaten — begreiflicher-
weise — mehrfach aus verschiedenen Bevölkerungskreisen an
mich gerichtet worden. Die Frage entspricht demselben Un-
sicherheitsgefühl, aus dem heraus man immer wieder gefragt
wird, wie man die Sicherheit unserer Währung beurteile. Ich
habe in beiden Fällen immer eine beruhigende Antwort ge-
geben, wenngleich natürlich es bei den Bau sparparassen durchaus
auf die einzelne Gesellschaft, deren Grundsätze, Führung und
Geschäftsabwicklung ankommt. Aber ich habe auch immer darauf
hingewiesen, daß nicht nur die beteiligten Bau sparpar, sondern
auch das Volk im ganzen, es zu einem guten Teil selbst in der
Hand hat, ob diese oder jene Einrichtung gefährdet sei. Es
ist eine verordnete Unruhe in unserem Volk, die schon viel Unheil
angebracht hat. Man probiert es immer wieder mit etwas
anderem, sucht immer wieder nach etwas neuem, bringt da-
durch auch an sich gesunde Einrichtungen in wirkliche Gefahr
und bringt für noch ganz unerprobte Neuerungen große und
oft ganz wertlose Opfer. Dagegen gilt es gerade auch von den
Stellen aus, die zur Führung des Volkes berufen sind, anzuk-
ämpfen.

Nun ist endlich im württembergischen Landtag ein Antrag
des Christlichen Volksdienstes eingebracht, der zur Beschaf-
fung von Mitteln für den freiwilligen Arbeitsdienst eine würt-
tembergische Volksanleihe vorschlägt, in Höhe von ca. 15 Mil-
lionen. Dieser Vorschlag wurde vor allem auch damit be-
gründet, daß die Beteiligung an den Bau sparparassen im Rück-
gang begriffen sei und auch die Einlagen bei den sonstigen
Sparkassen zurückgehen. Das wird wohl bis zu einem ge-
wissen Grade richtig sein, ist aus den allgemeinen Zeitverhält-
nissen heraus auch zu verstehen, aber es ist sicher falsch, damit
um eine neue Möglichkeit der Geldanlage und der Sparrmö-
glichkeit rechtfertigen zu wollen, die, ob gewollt oder nicht ge-
wollt, den vorhandenen nur Konkurrenz macht und ihre Funk-

tion im sozialen Leben stört. Es scheint aber auch nicht ge-
rechtfertig zu sein, solche Schlüsse aus dem Stand der all-
gemeinen Sparkassen und Bau sparparassenbewegung zu ziehen.

In den letzten Wochen ist den Abgeordneten des Land-
tags u. a. auch der Geschäftsbericht der Gemeinschaft der
Freunde Bismarck-Ludwigsburg zugegangen, aus dem nun
in diesem Zusammenhang zwei Zahlen interessant waren. Ein-
mal hat diese Bau sparparasse auch im Jahre 1931 einen Zugang
von Bau sparparern gehabt von 3070 mit einem vertraglich fest-
gelegten Kapital von 37290000 RM., im Jahre 1927 waren
es 4373 neue Bau sparpar. Ausbezahlt wurden im Jahre 1931
an 1088 Bau sparpar 1717137 RM., im Jahre 1927 waren es
20819734 RM. In diesen Zahlen kommt sowohl ein noch
weilich unerschüttertes Vertrauen der neuen Bau sparpar, wie
eine durchaus gesicherte Garantie für die früher eingetragenen
Bau sparpar zum Ausdruck, die es zu halten und zu schützen
gilt, zu dessen Auflockerung und Gefährdung insbesondere von
seiner staatlichen Stelle aus mitgeholfen werden darf.

Die Bau sparparbewegung hat ihr Vorgebild wahrhaftig trauer-
genug gehabt und hat es unter dem Druck der Zeit vollends
rasch und rücksichtslos begahnen müssen. Bis zum 1. Oktober
1931 haben 36 Bau sparparassen endgültig und 15 Bau sparparassen
vorläufig, ihre Tätigkeit einstellen müssen. Ein umso größeres
Interesse hat die Allgemeinheit daran, nicht nur für die ge-
schützten Bau sparparassen die finanziellen Grundlagen, d. h. den
laufenden Zugang an neuen Bau sparparern, gefaßt zu erhalten
und zu sichern, sondern auch den inneren Geist, die Gesinnung
der in einer Bau sparparasse zusammengeschlossenen Menschen ge-
faßt zu erhalten und zu stärken. Man kann den gesunden
Baum ruinieren, wenn man ihm die Nahrung entzieht und
das Wurzelstystem zerstört. Es wäre ein verhängnisvoller Ter-
min, wenn man eine begriffliche Störung im Zugang von
Bau sparparern dazu benützen wollte, um die Quellen, aus denen
die Bau sparparbewegung gespeist wird, in ein ganz anderes Bett
zu leiten. Dagegen müssen sich vor allem auch die Bau sparpar
selbst mit aller Entschiedenheit wehren. In ihrer Hand ist in
dieser Beziehung ihr eigenes Schicksal weitbin selbst gelegt.

